

Antrag öffentlich	Datum 12.03.2010	Nummer A0046/10
Absender Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!		
Adressat Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	25.03.2010	

Kurztitel Gesundheitsförderung in den Stadtteilen
--

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. die erzielten Ergebnisse der seit 2003 bestehenden städtischen Mitgliedschaft im Gesunde-Städte-Netzwerk vorzustellen und,
2. zu prüfen, ob und wie Gesundheitsförderung erfolgreich und qualitätsgesichert etabliert und implementiert werden kann in denjenigen Stadtteilen, die nach dem Stadtteilreport von 2007 wesentlich über dem Durchschnitt liegende sozial-ökonomische Belastungssituationen ausweisen. Das Prüfergebnis ist in den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und Gesundheit und Soziales und dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Der Antrag ist in die Ausschüsse für Gesundheit und Soziales, Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.

Begründung:

Armut und soziale Ausgrenzung, Verschmutzung, ungesunde Lebensweisen und -bedingungen wirken gesundheitsschädlich. Die Förderung von gesundem Lebensverhalten entlastet die Solidargesellschaft (Gesundheitssysteme). Neben der individuellen Beratungshilfe in Kindereinrichtungen, Schulen und Familien können aber mit Hilfe von verschiedenen Instrumenten, die über eine konkrete individuelle Beratung hinausgehen, gesundheitsfördernde und nachhaltige Aspekte umgesetzt werden. So bieten auch gesundheitsfördernde Aspekte in der Stadt- und Verkehrsplanung die Möglichkeit positiv zu wirken. Das DifU hat vor kurzem auf diese Thematik aufmerksam gemacht.

1) Nachdem im April des letzten Jahres in Anbetracht dieser Aspekte bereits der Ausschuss für Gesundheit und Soziales die Mitgliedschaft im Gesunde-Städte-Netzwerk befürwortete, ist es Zeit, sich die Ergebnisse der Mitgliedschaft zu verdeutlichen und ggf. weiterführende Instrumentarien zu entwickeln.

2) Insbesondere in den stark sozio-ökonomisch belasteten Stadtteilen, die im Stadtteilreport von 2007 anhand der sozial relevanten Kriterien Bevölkerungsdichte, Jugendquote, Altenquote, Greis-Kind-Relation, Ausländerquote, Wanderungssaldo, Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Arbeitslosenquote allgemein, bei Jugendlichen und ab 55 Jahren und der Quote der ALG-II-, HLU- und GSIG- Empfänger herausgefiltert wurden, sollte die Möglichkeiten und Grenzen einer gesundheitsfördernden Stadtteilplanung geprüft werden.

Bei der Befassung in den Ausschüssen und bei der entsprechenden inhaltlichen Umsetzung ist eine Vernetzung zur hiesigen Fachhochschule zu prüfen.



Martin Danicke
Stadtrat